

Artikel im Ronsdorfer Sonntagsblatt vom 25.11.2018

Das Porto für diese Briefe hätte man sich sparen können, denn die Antwort auf die gestellte Frage haben wir bereits Anfang Oktober d. J. in einer Presseerklärung veröffentlicht. Darin wurden klare Fakten genannt, warum die dortige Umplanung auf Ronsdorfer Verhältnisse nicht anwendbar ist.

Völlig falsch. Es sind nachweislich 60 Mio. €

StraßenNRW und Stadt spielen auf Zeit *RSB 25.11.2018*
Planfeststellungsverfahren zur L 419 läuft ohne Antworten auf Kritikpunkte

(W./JoB.) Die Bürgerinitiative „L 419 – keine Autobahn durch Ronsdorf“ hadert mit der Politik und deren Institutionen: Am 27. September hat die Initiative an alle Wuppertaler Landtagsabgeordneten, den Verkehrsminister des Landes NRW, den Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal, die Stadtverordneten, die Bezirksvertreter Ronsdorfs, den Verkehrsausschuss des Landtages, den Verkehrsausschuss der Stadt Wuppertal und die Landtagsfraktion der „Grünen“ Briefe geschickt, in denen die Angesprochenen gefragt werden, warum das Land NRW zum Schutz von Haselhühnern an der A 1 in der Eifel einen Tunnel für 120 Millionen Euro bauen lässt, dies für die Gesundheit der Ronsdorfer Bürger aber nicht für nötig befindet. Geantwortet haben bis



Wer die A 43 Richtung Recklinghauser Kreuz zum Anschluss an die A 2 fährt, bekommt einen Eindruck davon, wie es bald auf der L 419 aussehen wird. (Foto: JoB)

jetzt die Landtagsabgeordnete der „Grünen“, der Bezirksbürgermeister von Ronsdorf und zum Schluss auch der Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal, der in seinem Schreiben noch einmal auf die geringeren Kosten für einen überirdischen Ausbau gegenüber einer Tunnellösung verweist und dass auf dieser Grundlage bereits konkrete Planungen vorgenommen seien und das Planfeststellungsverfahren eingeleitet wä-

re. Man bemühe sich aber weiter um einen hohen Standard des Lärmschutzes im Bereich der Wohnbebauung, der Ronsdorfer Anlagen und des Sportplatzes.

Die „Grünen“ bedauern in ihrem Antwortschreiben, dass ihre Möglichkeiten als Oppositionspartei sehr begrenzt seien und bitten um Verständnis, dass sie weder einen offenen Ausbau noch eine Tunnelbauweise verhindern könnten.

Auch wenn im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens die Gelegenheit besteht, Anregungen und Bedenken einzubringen, bleiben die Zweifel, ob man von Seiten der Verantwortlichen überhaupt bereit ist, sich mit den Anliegen der Bürger auseinander zu setzen. Die Einsprüche gegen das Projekt sind bis jetzt noch nicht bearbeitet und beantwortet worden.

Wer sich nach den Abläufen eines Planfeststellungsverfahrens erkundigt, stellt fest, welche zeitaufwändige Bearbeitung die Einwendungen nach sich ziehen. Der abschließende Erörterungstermin wird voraussichtlich im 1. Quartal n. J. stattfinden; auch das hätte man bei uns nachlesen können.

Im Landtag hat die seinerzeitige rot-grüne Koalition den Ausbau auf jetziger Planungsbasis beschlossen!!!